

Maahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Maahnruf“ erscheint wöchentlich, Redaktion und Verwaltung: Grazer, Elisabethengasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Wincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8—10 Uhr abends Gasthaus Rinnböser, IX., Bazarergasse 12. — Eingekaufte Artikel müssen mit Name und Adresse gefestigt sein.

Graz Wien
August 1929
Nr. 6 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 18 Groschen. Das Vierteljahresabonnement mit Postzustellung beträgt S. 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland M. —.80. Die Bezugspreise sind im vorhinein zu entrichten. — Postsparkassenkonto Nr. 69371.

Sie wollen die Arbeitslosen zur Verzweiflung treiben

Denn die Not des arbeitenden Volkes scheint ihnen der beste Nährboden für den Faschismus

Drei Monate sind seit den Gemeinderatswahlen vergangen. Drei Monate, in denen ihr präsen fornet, wie die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie ihre Versprechungen halten. Sie haben auch die Festigung des Mieterschlages versprochen.

Statt dessen müht ihr ab 1. August den 23000fachen Friedenstisch zu zerschlagen, bedrohen euch, die Zinsgier mit den freien Berechnungen.

Sie haben den Arbeitslosen Arbeit und Besserung ihrer Notlage versprochen.

Statt dessen keuert die von Hans Wulff geleitete D. B. A. rücksichtslos zahllose Arbeitslose aus, wirft sie in grenzenlos Elend und Verzweiflung.

Sie haben den Kampf gegen den Unternehmerterror

und gegen den frech gewordenen Faschismus versprochen, der sich der Unterstützung des Staates und der Landesregierung erfreut.

Aber dieser Kampf gegen den Faschismus sieht so aus, daß die Gewerkschaften schweigend zusehen, wie der Heimwehren in die Betriebe eindringen. Dieser Kampf gegen den Faschismus besteht darin, daß die Sozialdemokratie in ihrer Pein über die ständigen Vorbereitungen der Heimwehr alarmierende Dokumente veröffentlicht, und nicht den Finger rührt, um das arbeitende Volk zur Verteidigung seiner Lebensinteressen zu mobilisieren.

So steht die Arbeitererschaft in schwersten Kämpfen jähzornig da. Während die Bourgeoisie planmäßig den Hungerstreik gegen die Massen organisiert, nicht allein

um des Profites willen, sondern auch um die Verzweiflung der barbenenden Massen für die Zwecke der Heimwehren auszunutzen, opfert die Sozialdemokratie das Proletariat. Gestern die Mieter, heute die Arbeitslosen und morgen — morgen, wird es das ganze arbeitende Volk sein, daß sie durch ihre Politik dem Faschismus an die Messer liefert.

Tagen gilt es sich zur Wehr zu setzen. Tagegen rufen wir euch an. Laßt euch nicht geduldsig ausbeuten. Wehrt euch! Folgt unserem Ruf, wenn er an euch ergreift! Tutet nicht den Falschschwan im Betriebe! Setzt euch zur Wehr gegen die letzten Forderungen der Zinsgier! Folgt den Kampfparolen der linken Kommunisten, jammerst euch um den Dummer Trost, um das Banner der kommunistischen Exposition Österreichs.

Die Hintergründe des russisch-chinesischen Konfliktes.

Die Ausföhrung Tschiang-Kai-Schek mit dem Imperialismus hat diesem die Bahn frei gemacht, um die chinesischen Bodenschätze auszubenten, Industrie und Transportmittel an sich zu reißen. Der wirkliche Kugnieher der chinesischen nationalen Revolution, die von der chinesischen Bourgeoisie vertreten wurde, ist Amerika. Dem despotischen Joch der englisch-japanischen Fremdberrschaft folgt die raffinierte Ausbeutung des amerikanischen Yankee. Sein Herrschersnecht ist Tschiang-Kai-Schek, den von Stalin als Revolutionär und „Befreier“ des chinesischen Volkes gefeiert wurde. Der Haß der mandchurischen Eisenbahn, die Provokationen der chinesischen Kontenrevolution gegen Sowjetrußland haben ihren wirtschaftlichen Hintergrund. China braucht Geld. Unter dem Deckmantel des „nationalen Wohlstand“ soll das chinesische Volk an den weißen Imperialismus ausgeliefert werden. Die chinesischen Bourgeois sind schon so sehr mit den kapitalistischen Produktionsformen und Ausbeutungsmethoden verwaschen, daß sie lieber den Profit mit dem weißen Imperialismus teilen, als ihm gemeinsam mit dem chinesischen Proletariat zu bekämpfen. Daraus erklärt sich der Haß der chinesischen Nationalregierung gegen die russische Revolution, diesem sozialen Wetterleuchten am dunklen Horizont Asiens.

Sowjetrußland von den Massen Asiens und Europas zu demütigen, den Imperialisten und ihren sozialdemokratischen Lakaien das billige Argument vom „roten Imperialismus“ in die Hand zu drücken, die wirtschaftlich und politisch wichtige Eisenbahnlinie durch die Mandchurien als Pfand für Auslandsanleihen den weißen Imperialisten (Amerika) in die Hände zu spielen — das ist der wahre Hintergrund des chinesisch-russischen Konfliktes. Erst kürzlich haben amerikanische Finanzleute das Elektrizitätswerk von Schanghai gegen zwei englische Angebote erworben. Deutscherseits feiert man in Amerika und Europa den Kellogg-Pakt, während man gleichzeitig in China zum Krieg schürt. Jetzt, da die chinesische Bourgeoisie, der es infolge der liquidatorischen und menschenwürdigen Führung der chinesischen Revolution durch Stalin — Bucharin gelang, die Volksmassen niederzuwerfen und sich mit dem Imperialismus anzuföhnen, jetzt, da China ein Glied in der Kette des Weltimperialismus ist, jetzt entdeckt die

Hört nicht auf ihre Worte, denkt an ihre Taten!

Die sozialdemokratischen Führer reden vom Frieden nur solange, bis der Krieg beginnt.

Der russisch-chinesische Konflikt, in dem die österreichische Sozialdemokratie unverhohlen für den Imperialismus gegen Sowjetrußland auftritt, beleuchtet grell den wahren Charakter der sozialdemokratischen Friedenspolitik. Die kleine Gegenüberstellung, wie die sozialdemokratischen Führer reden und wie sie handeln, wird es jedem Arbeiter leicht machen, das wahre Wesen der Sozialdemokratie zu erkennen.

1929.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 30. Juli 1929, Seite 4: „Wie wieder Krieg“ . . . In Floridsdorf (Schlesien) sprach Wukerlit. Mit aufsehenerregenden Worten brandmarkte er die Schuld der Kriegsverantwortlichen und im besonderen die Schuld der Gewalthaber Österreichs, der Verbündeten, Stürgchs und Genörs, der den Krieg mit Bewußtsein gewollt und herbeigeföhrt haben . . .“

1914.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August 1914: „Der Tag der deutschen Nation“. Wie immer die Würfel fallen mögen — und mit der heiligsten Andenck unserer Herzens hoffen wir, daß sie stetig fallen werden, für die heilige Sache des deutschen Volkes . . . (es) wird dieser Tag zum Bewußtsein bringen, daß in dem Kampf um seine nationale Unabhängigkeit, in dem Kampf um seine nationale Ehre Deutschland einzig ist und Weichen wird bis zum letzten Blutstropfen . . . Aber da das deutsche Vaterland in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht, tritt

die Sozialdemokratie schärend vor die Heimat hin und die „betrübendsten Gesellen“, die „rote Botte“, wie sie der Kaiser schämte, weiht dem Staate Gut und Blut der arbeitenden Massen . . .

„Arbeiter-Zeitung“ vom 30. August 1914: „Den Tod feind unserer Kultur gilt es zu schlingen und widerzuwerfen. Ob, daß die Entscheidung reife und daß sie klug, die aus der Tiefe unserer Seele wie all: erschauen.“

„Arbeiter-Zeitung“ vom 5. September 1914: „Denn, wie der erschütternde Klang des Weltgerichtes dröhnt der Ruf, der von Meer zu Meer in deutschen Reihen erschallt: Nach Paris! Nach Paris!“

So haben sie euch, Proletarier, in den Krieg gehebt. So haben sie, die Führer der Sozialdemokratie, eure Brüder und Söhne, eure Männer und Väter, ihr Frauen der Arbeiterklasse geopfert, geopfert dem Kapital, der Monarchie, der Kriegsbörsen. Und heute? Heute hat Paul Bencour in Frankreich das Militärisierungsgesetz durchgeföhrt, hat die deutsche Sozialdemokratie Panzerkreuzer im Bau, unterjocht Macdonald mit Waffengewalt Indien und — die österreichische Sozialdemokratie beginnt bereits ins Horn zu stoßen, um zum heiligen Krieg gegen den „roten Imperialismus“, das heißt, gegen den Sowjetstaat aufzuziehen. Ein neues, tausendmal gigantischeres 1914 zieht heran! Und was uns bevorsteht, ist noch ein fürchterlicher, noch schamloser Verrat der sozialdemokratischen Führer, wie 1914!

Sozialdemokratie die sogenannten „nationalen Rechte“ Chinas und hebt in einer Front mit der bürgerlichen Presse und den Herrschern des chinesischen Volkes gegen Sowjetrußland. In Wirklichkeit ist die mandchurische Eisenbahn, die unter dem Zarismus russischer Kolonialbesitz war, durch den Vertrag von 1924 in den Besitz Chinas übergegangen, nur die Verwaltung der Eisenbahn erfolgte gemeinsam. Sowjetrußland erklärte sich aber bereit, die Verwaltung der chinesischen Behörden restlos zu über-

lassen, bis China in der Lage sei, diese für Sowjetrußlands Sicherheit und Wirtschaft so wichtige Eisenbahnlinie vor der Bestügnahme oder Einflußnahme durch imperialistische Staaten zu schützen. Das internationale Proletariat hat durch den chinesisch-russischen Konflikt, hinter dem der amerikanisch-japanische Imperialismus, jeder seine eigenen Interessen während, als Drahtzieher steht — wieder ein Beispiel dafür, daß der fünfjährige Weltkrieg im Namen des Friedens vorbereitet wird.

Offener Brief an die Arbeiterkammerfraktion der S. B. Graz.

An die Arbeiterkammerfraktion der sozialdemokratischen Partei Graz

Werte Genossen!

Nach wiederholten Feststellungen, sowohl eurer, als der bürgerlichen Presse, besteht in Österreich seit langer Zeit eine chronische Massenarbeitslosigkeit, welche zahlenmäßig — inklusive der Ausgeheurnen — zwischen 150.000 bis 300.000 schwankt. Die Betroffenen sind das Opfer der heutigen kapitalistischen Ordnung. Trotzdem auch ungeschwehrt feststeht, daß der allergrößte Teil der Arbeitslosen im Produktionsprozeß nicht mehr untergebracht werden kann, geht man gegen diese Menschen der Armen in der brutalsten Art und Weise vor.

So wurden von der Industriellen Bezirkskommission Graz, in welcher auch Ihre Partei Vertreter hat, in den letzten acht Wochen ausschließlich die Notkandbäume Räumung eingeleitet, mit der unerbittlichen Begründung, daß bei den Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden sei oder „die gesetzlich gebotene Mäßigkeit nicht gegeben sei“.

Mit raffinierten, lägenhaften Methoden „überweist“ man sie der Arbeitsunwilligkeit, indem man zum Beispiel Rentnerinnen, Hausgehilfinnen, Mobilitinnen, Gelehrte und angeleitete Berufsarbeiterinnen usw. zur „Umgestaltung“ zwingt, das heißt, dort in der Landwirtschaft mit der Mißgabe in der Hand zu einem Erwerb „qualifizieren“ will. Daher beliebt man absichtlich auch körperlich sehr schwächliche Personen zu dieser Arbeit aufzufordern, um bei Hinweis ihrer Untauglichkeit die Unterstützung rauben zu können. Besonders infam betreibt dieses Handwerk der

Wahllichte Schalterkammer Kugel. Woburn werden wieder Oberrichtungen angedeutet, die gar nicht existieren, oder Personen sind, welche infolge der Wohnungsmangel zum „Zusammensinken“ gezwungen sind. Diese und andere Beispiele können durch Beweise belegt werden. Geradezu dieser Opfer werden dadurch in der ängstlichen Verzweiflung zu Selbstmord und Verbrechen getrieben.

Da den Unterstützten, trotz der Unterstützungsbereitschaft, bekannt ist, daß Ihre Partei in der S. B. R. durch Hans Mühlisch als Oppositionist und andere Vertreter ist, stellt die kommunistische Opposition im Ausschuss der Arbeiterkammerfraktion am 22. Juli an die sozialdemokratische Arbeiterkammerfraktion, zu diesem brutalen Vorgehen Maßnahmen der S. B. R. Stellung zu nehmen. Da Ihre Vertreter in der S. B. R. die gefährlichsten Zustände dieser Unterstützten gestanden haben, sind die Arbeitslosen an der berechtigten Mitherausgabe gelangt, daß Gut mit den Bürgerlichen gemeinsam Sache machen.

Die Unterstützungsberechtigten fordern Arbeit, oder es zu deren Erlangen die Fortdauer der Unterstützung. Sie fordern weiter, daß die widerrechtlichen Abbaumassnahmen eingestellt, beziehungsweise rückgängig gemacht werden. Entweder Schaffung einer unverzüglichen entsprechenden Verdienstmöglichkeit, oder sonst Weiterbezug der Unterstützung. Wir fordern Sie auf, in Ihrer nächstkommenden Vollversammlung der Kammer dazu Stellung zu nehmen und erwarren klare einseitige Antwort.

Kommunistische Opposition Österreich (links kommunistisch) Bezirksorganisation Graz.

Das Aktionskomitee der Unterstützungsberechtigten.

Zustimmung der Anwesenden beschlossen, eine Sonderaktion der Betroffenen zu organisieren. Und zwar werden die Frauen eines Tages der S. B. R., beziehungsweise dem Dr. Wenzel und Hans Mühlisch (letzterer ist Präsident der S. B. R.) die Forderungen zur Verfertigung in geeigneter Weise überreichen. In welcher schlüssiger Weise der Unterstützungskraus begründet wird, geht aus folgendem Fall hervor:

Eine Frau erhielt die Einstellung mit folgender Begründung: „Wir haben im Sinne des Unterstützungsberechtigten gefordert nicht als Arbeitslos zu betrachten, da sie dem Arbeiter zu vertrauen haben.“

Aus diesem Wortlaut des Bescheides geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Industrielle Bezirkskommission in Graz, in ihrer schamlosen Aussteuerung keine Grenzen mehr kennt. Die Vorbehalte versteht sie es, Tausende von Menschen in eine solche Verzweiflungssituation zu treiben, daß sie eben Unternehmern und den „Gnädigen“ um jeden Lohn zu Willen werden. Obwohl fast jedem Kinde in Österreich schon bekannt ist, daß für mehr als 100.000 Menschen keine Arbeitsmöglichkeit besteht, beschneidet man diese Opfer der kapitalistischen Ordnung als arbeitsunwillig und eraubt sie der Notkandbäumeunterstützung. Mögen sie sich dann vergiften, aufhängen oder in die Mauer gehen, das läßt die „Hüter der Ordnung“ kalt. Das Begehren sollte an diesen Vorgängen ist, daß die Sozialdemokratie zu diesen Vorgängen keine gegnerische Stellungnahme einnimmt, sondern an diesem Unterstützungskraus durch ihre Vertreter direkt teilnimmt. Tausende von diesen Ausgeheurnen haben am 21. April dieser Partei die Stimme gegeben und somit dieser Partei das Vertrauen ausgesprochen. Wenige Wochen nach dem Wahlkampf bekommen sie dafür den Fußtritt. Da den Arbeitslosen nun auch bekannt ist, daß der oberste Leiter der S. B. R. der Sozialdemokrat Hans Mühlisch ist, wurde auch beschlossen, eine Deputation der Ausgeheurnen zu ihm zu senden, der gegenüber er die schamlosen Maßnahmen begründen soll. Weiters wird ein Schreiben sowohl an die sozialdemokratische als auch kommunistische Arbeiterkammerfraktion gerichtet, um sie aufzufordern, dazu Stellung zu nehmen. Desgleichen ergeht ein Aufruf an die Grazer Betriebsarbeiter und Betriebsräte, um den Kampf der Unterstützungsberechtigten solidarisch zu stärken. Genosse Koch und Pjensiel sprachen in der Deputation im selben Sinne und ermahnten die Anwesenden, sich nicht auf Bittgesuche und Beschwerden einzustellen, denn die S. B. R. wirft alles in den Papierkorb. Nur wenn die Arbeitslosen sich selbst zur Abwehr stellen, wird es Erfolg haben. In der weiteren Debatte sprachen drei Stalinisten, welche die vorbereitende Abwehrgeschichte mit „Wenn und Aber“ nörgelten, jedoch keinen einzigen anderen Vorschlag brachten. Mit der Aufforderung, zur Abwehr sich zu rüsten, und im geeigneten Zeitpunkt durchzuführen, schloß Genosse Koch unter Zustimmung die Versammlung.

Unterstützungsbereubte laßt Euch zur Wehr!

Folgt unsere Ruf und kommt zur geschlossenem Versammlung der Unterstützungsbereubten! Erit und Zeit wird durch Mästar bekanntgegeben.

Bescheide der S. B. R. sind zur Kontrolle am Eingang horgewiesen. Guckt kein Guckal! Erste ist zahlreich!

Proletarierlos!

In der Ortschaft Grabas in Kärnten wurde am 21. Juni v. J. durch Brand die siebenköpfige Familie Gruber obdachlos. Da sie auch vollständig mittellos war, wanderten sie in ihre Heimatsgemeinde nach St. Lorenzen in Oberheiermarl. Auf die Bitte an den Bürgermeister von Obdach, erhielten sie die Antwort, daß sie entweder im Stall oder in der drei Stunden hochliegenden Alm Unterkunft haben können. Als die obdachlose Familie darauf hinwies, daß man mit fünf kleinen Kindern im Stall verfaulen und auf der Alm verfaulern müsse, beschloß der Gemeinderat, ihnen nahezu legen, als Einleger von Haus zu Haus betteln zu gehen. Die Familie Gruber lehnte auch dieses schamlose Angebot ab, worauf man ihnen 30 Schillinge Unterstützung gab, mit dem Hinweis, „geht hin, wo's wolkts“. Seit 12. November 1928 befindet sich Gruber mit seiner Familie im Grazer Obdachloshospital. Da die siebenköpfige Familie keine Wohnung aufreiben kann, droht der Verwalter Rabosa händig mit dem Hinawurf. Das ist das Los einer Proletarierfamilie. Paläste für Kapitalisten und Pfaffen und Stalungen für den Arbeiter. Das sind Zeichen der heutigen kapitalistischen Ordnung und des „Mieterschuges“.

Kurort Radegund bei Graz als „soziale“ Errungenschaft.

Unter dem Schödel, klimatisch in einer hervorragenden Lage, liegt der Kurort Radegund. Seit 1919 ist er im Besitze der Kreiskrankenkasse. Die Verwaltung liegt in sozialdemokratischen Händen. Der Verwalter Greiner ist ein ehemaliger Buchbinder. Ein Arbeiter, der dort von der Krankenkasse auf Kuraufenthalt war, berichtet:

Wer der Meinung ist, daß die Krankenkasse den Kurort Radegund nur für Arbeiter reserviert hat, der irrt sich. Mehr als die Hälfte aller Willen, und zwar die besten, wie „Berbata“, „Elisabeth“, „Waldhaus“, „Tranjsilwäni“, werden an schwere Bourgeoisies, meist Ungarn, vermietet. Um für diese Herrschaften ausreichend Platz zu haben, bekommen die Arbeiterpatienten in der Saison nur mehr 14 Tage Kuraufenthalt, in den seltensten Fällen drei Wochen. Für die Arbeiter sind die jenseitigen Willen, an deren Wände Schwämme wachsen, wie „Waldhaus“, gut genug. Die Einrichtung, dieser Willen, die die Arbeiter und Angestellten bewohnen, ist schäbig. Alles von der Sachdemobilisierung. Eiserne Militärbetten und Pferdeboxen sind dort das Mobiliar. Die „Kureinrichtungen“ für die Arbeiter sind zwei Holzschäffeln, so unrein, daß man sich äkzelt, hineinzuspringen. Anstatt ordentliche Wäber, um die Abwaschungen, die verschrieben werden, vorzunehmen zu können, müssen sich die Arbeiter- und Angestelltenpatienten kleiner Schällein, kaum größer als ein Spundnapf, bedienen.

Das Essen entspricht auch keinesfalls dem, was man von einem Kurort erwartet. Die Suppe wird stets kalt serviert, so daß sich manche Patienten ordentliche Gedärm-

katyrhe holen. Der Herr Verwalter und sein Buchhalter fressen allerdings nicht die kalte Suppe. Als sich ein ehemaliger Berufspolizee des Verwalters über diesen Zustand beim Arzt beschwerte, wurde er vom Verwalter angefnugzt. „Wenn's dir nicht daht, kannst ja gehen!“ Staunend antwortete ihm der Patient: „So einen Herrenstandpunkt nimmst du heute ein?“ Täglich, abends können die Patienten unbeschränktes Mehlkaffee, abwürgen, das an Samstagen Griechisch als Ergänzung hat, der fast von allen meist unberührt zurückgestellt wird.

Angeichts dieser Zustände hat es unter den Patienten um so größere Zustimmung gegeben, als am 14. Juli anlässlich der neuen Wasserleitungs-Einweihung dem Herrn Kinnelen und Järschitzkyof Pawlitsch ein luxuriöses Festessen und drei Kisten erlesener Weine aufgetragen wurden, deren Kosten selbstverständlich von den Geldern, die die Arbeiter der Krankenkasse einbezahlen, bestritten werden.

Daß die Arbeiter mit solchen sozialen Einrichtungen, deren Früchte den Reichen zum Genuß herrschend werden, nicht zufrieden sind, ist klar. Man muß es aber verstehen: Es liegt in der Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse, für die die Sozialdemokraten eintreten, daß immer und überall die Bourgeoisie, der eigentliche Genießer ist, während die Arbeiter mit Projekten abgepeißt werden. Wenn sie diesen Zustand ändern wollen, müssen sie sich entschließen, die gesellschaftlichen Verhältnisse um weitere 180 Grad umzudrehen.

Die Heimwehrfirma ist a Eit bekommt Gemeindefunktion!

Durch die Enthaltungen des „Arbeiterwille“ wurde bekannt, daß die Baufirma „M u. G.“ die Heimwehr mit 1000 Schilling, und zwar in Monatsraten von 80 S. bespizt. Angerechnet diese Firma bekam nun von der Gemeinde Graz den großen Schulhausneubau am Fröbelpark. Man sieht daraus, mit welchem Ernst die sozialdemokratische Partei die Heimwehr „bekämpft“. Die Heimwehrfirma handelt jedoch anders. Mit Vorliebe stellt sie hauptsächlich nur ihre Gewinnsgenossen ein. Dabei sind Leute, die in Afford nicht nur 9-10 Stunden täglich, sondern ganze Nächte durcharbeiten. So wurde z. B. am 13. Juli von 4 Uhr früh bis 8 Uhr früh des nächsten Tages durchgeschunden. Für den Subkriter wird 1.50 S. bezahlt. Wer nicht zufrieden ist mit diesem

Schundpreis, steigt. Wegen des schlechten Abfordpreises wird dafür 60 bis 90 Stunden in der Woche getradet.

Weber die „toten“ Gemeindefunktion, noch die Bau-gewerkschaft kümmert sich um diese ständischen Zustände. Es wird gut sein, wenn die Arbeitslosen dieser Baufirma einen Besuch abstatten und sie näher betrachten würden.

Die Unterstützungsbereubten rufen zur Abwehr!

Auf Grund der massenhaften Unterstützungseinstellungen sammelte die kommunistische Opposition die Ausgeheurnen zur Abwehr. In einer gut besuchten Versammlung in den „Stern“-Zälen zeigte Genosse Wagner die verschiedenen Methoden des Unterstützungskraus seitens der S. B. R. auf. Da diese besonders bei den Frauen in schamloser Weise brutal durchgeführt wird, wurde unter

Ob Jaroslawsky spricht oder schweigt er fällt auf jeden Fall.

Zum russischen Parteikonferenz.

Anfangs Juni tagte in Moskau der Kongress der allrussischen Freiheitsorganisation. Die Exekutive der kommunistischen Opposition (Linke Kommunisten) benutzte diese Gelegenheit, um in einem Brief den Vorsitzenden der Freidenkerinternationalen, Genossen Hartwig, aufzufordern, in Moskau gegen die Verfolgung der bolschewistischen Opposition (Dissidenten) zu protestieren. Dieser Brief, den wir aus Platzmangel hier nicht veröffentlichen können (er ist bereits in unserem Berliner Bruderorgan, dem „Rostwolle“, erschienen), wurde von uns in Übereinstimmung mit den deutschen, tschechischen und französischen Genossen geschrieben und durch einen Vertreter Hartwigs in Moskau dem Kongress vorgelegt. Als Jaroslawsky und Lutschewsky diesen Brief lasen, gerieten sie außer sich. Selbst es doch in dem Brief:

„Die Interessen der russischen Revolution sind mit der der Interessen des Bolschewikarats nicht vereinbar, doch offen und rücksichtslos der gegenwärtig herrschenden Richtung gefügt wird: Gerade mit den oppositionellen Bolschewikaratsmitgliedern und Arbeitern und Verbannenen. Es ist ein etymologischer Widerspruch an die Wende, auf denen sie in den entscheidenden Momenten der Revolution ihre Fähigkeit und Energie bewiesen haben! Sie fordern Sie auf, sich selbst von der Lage der Dinge klar zu machen, insbesondere im Hinblick von Tolstoj, zu überzeugen.“

Als Lutschewsky am Kongress diesen Brief las, schrie er mündlich:

„Die Trotzkisten sind genuine Verbrecher und werden dementsprechend behandelt. Die Befestigung der Gefängnisse wird auf keinen Fall gestoppt. Der Kongress wird Jaroslawsky die entsprechende Antwort geben.“

Diese Antwort Jaroslawskys, auf die wir schon sehr neugierig waren, liegt nunmehr vor. In seinem Schlusswort am Freidenkertagungsbericht erklärte Jaroslawsky (siehe „Bruders“ Nr. 135 vom 19. Juni 1929):

„Die österreichischen Trotzkisten, welche sich kommunistischen Revolutionären nennen, fanden durch Professor Hartwig, welcher ein Mitglied der proletarischen Freidenker ist und Mitglied der S. P., eine Erklärung an das Präsidium unserer Kongresses, in welcher sie nicht von antirussischer Propaganda, sondern von Trolski Reden. Die linken Trotzkisten fordern, vor den russischen Arbeitern anzuhalten und die Partei anseher Partei zu regieren. Was ist das so, was die Kommunisten, um so mehr die Trotzkisten, sich nicht an Sozialdemokraten wandern, um sie zu vermitteln zwischen Partei und anderen Organisationen zu machen. Wie sind sie zu einer Stelle gelangt, was wollen sie, was zu tun? Ich kann nur mein tiefstes Mitleid ausdrücken und sagen, daß wir eine Bewandlung durch Sozialdemokraten zwischen Partei und Arbeiterschaften und der Partei nicht annehmen. (Beifall)“

Wie man aus der Antwort Jaroslawskys sieht, hat unser Schritt an den Kongress die Selbstkritik, nachher berechneten Einflüsse ein Stück weit auf dem Konzept gebracht. Sie wagten unseren Brief nicht zu lesen, sie wagen nicht, die Befestigung, in denen sich unsere Genossen befinden, zu zeigen. Dafür aber zeigen sie sich beunruhigt auf, wenn wir uns an Genossen Hartwig wenden, den sie selbst zum Kongress eingeladen haben. Man muß schon sagen: dieser Jaroslawsky fällt ebenso durch seine Behauptungen, wie durch sein Verbot der Besetzung von Talsachen. Diese Niederlagestrategen, die einen Tschang-Kat-Tschang zum Herrn über die chinesische kommunistische Partei machten, diese feigen Opportunisten, die die Vertreter des englischen Generalstreiks, die Purzell und Hild dem revolutionären englischen Proletariat und der englischen S. P. ins Gesicht schlugen, diese blutbesudelten Liquidatoren der Oktoberrevolution und der Kommintern wagen uns vorzuwerfen, daß wir durch Professor Hartwig die Verdrängung der Arbeiter, in denen sich Kommunisten befinden, erzwingen wollen. Da muß man schon sagen:

Es ist besser durch den alten Sozialisten Hartwig die Herzer der Bolschewiken beschämen zu lassen, als dem Wahnsinn des Faschismus, Salvo, Divisionen in Duffa darzubringen. Es ist besser, am Kongress der russischen Freidenker durch Hartwig die Stärkung der Sowjetmacht mittels Freilassung der eingekerkerten Bolschewiken zu fordern, als beim Antritt des Faschismus in Rom ein Hoch auf Mussolini durch den Sowjettschiffaffäre aufkommen zu lassen, ein Hoch auf ein gekürtes, mächtiges Italien.

„Juni 1929“

Ein neues Buch von Emil Ludwig.

Emil Ludwig hat sich in der letzten Zeit durch Darstellungen wichtiger politischer Ereignisse und Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Seine Bücher sollen durch große Materialkenntnis und durch die übertriebene Suche, den Tatsachen gegenüber vollkommen objektiv zu sein, was bei seiner Biographie Wilhelm II. besonders seltend auf, auf.

Zum 15. Jahrestag des Kriegsbeginns erschienen, soll sein neuestes Werk den Versuch machen, an Hand des Materials (Akten, Biographien usw.) die Personen und Triebkräfte, die zum Weltkrieg getrieben haben, darzustellen. In der, für den kämpfenden Proletariat sehr schmerzlichen Schilderung, zeigt er die Unfähigkeit und Struppellosigkeit der Staatsmänner der herrschenden Klasse. Wie sie zum Krieg gehen, geführt und intrigiert haben und, als schließlich der Moment, den sie so lange ersehnt hatten, da war, jeder die Verantwortung auf den anderen schieben wollte, wird in feisler Weise dargelegt. Emil Ludwig ist in seinen Schriften Vertreter jener Geschichtstheorie, die meint, daß große Männer Richtung und Ziel der menschlichen und staatlichen Entwicklung bestimmen. Er ist seiner Meinung nach der Unfall der Sozialdemokratie nicht daraus zu erklären, daß sie schon lange vor dem Kriege durch Entziehung einer Arbeiteraristokratie und durch Bildung einer Gewerkschafts- und Parteiaristokratie in den bürgerlichen Staat immer mehr hineinwandte, sondern daß die Regierungen die Sozialdemokratie täuschen konnten. Bei genauerem Studium der Akten, besonders der über die Verbindung von Kriegsmitteln und Partei bzw. Gewerkschaften z. B. in Deutschland hätte er sich von anderem überzeugen können. Der Weltkrieg war, wie er sich selbst, nicht das notwendig Ergebnis der imperialistischen Entwicklung der großen Mächte am Beginn des 20. Jahrhunderts, sondern hätte durch fähige Staatsmänner und eine überstaatliche Organisation verhindert werden können. Erst nach dem großen Klingen sei es gelungen, eine solche Organisation, den Völkerbund, zu schaffen. Daß dieser auch eine imperialistische Einrichtung und die Überwindung des Krieges nur den gesteigerten Widerstand der Arbeiterklasse und im Falle des Eintretens durch die Heberleitung in einen Bürgerkrieg möglich ist, sind allerdings Folgerungen, die von einem bürgerlichen Journalisten nicht erwartet werden können. Um so mehr muß man es ihm dann anrechnen, wenn er gut und sachlich das Verhalten der Bolschewiken und der revolutionären Sozialisten wie Liebknecht, Jaurès, usw. schildert.

Der Staat war in Gefahr!

Wie uns berichtet wird, hat die Anzugs-Stärker-Polizei in ihrer „pflichterfüllten“ Tätigkeit ein „großes Waisenbepot“ der Bolschewiken in Graz aufgeführt, welches sicher für den Zustand bereit war. Am 16. Juli d. J. erschien nämlich bei dem ehemaligen Wirtsgasthof der S. P., Meinschuster B. in der Braunergasse 36, der grüne Heinrich mit drei Kriminalbeamten und Beschlagsnahme 10 **Schwarzpulver** und einen alten Kavalettschloß. Genannte Schwarzpulver dienten vor mehreren Jahren als Spielzeug für Theateraufführungen und waren seither nicht mehr in Gebrauch. Polizeikommissär Stürzer hielt darüber noch ein Verhör ab und erklärte, daß die Entdeckung der Schwarzpulver noch schlimme Folgen haben wird. Zu diesem Verhör kann man nur folgenbedenken: Entweder langweilten sich die Herren des Grazer Polizeikommissariats infolge der langen Sommerhitze so sehr, daß sie selbst mit den 10 **Schwarzpulver** ein Theater aufführen wollten oder man wollte den Grazer Spielbühnen wieder die Exekutivkommission der Bürgergarde bereiten, welche wieder den Staat vor einem „bolschewistischen Umsturz“ gerettet hat. Es ist nun auch höchste Zeit, daß Polizeikommissär Stürzer für die wertvollen Dienste um das „Vaterland“ endlich den Hofstaat bekommt.

Kulturkampf mit Glasiberben!

Es geht vorwärts! Seit der Bigott in Rom seinen Platz wieder verlassen darf, werden auch seine Schaffstätten wieder schmiediger. Da man im Krieg gegen kurze Häckerln und nackte Waden keinen Erfolg hatte, suchte man sich ein anderes Gefechtsfeld. Das „christlichsoziale“ Vorarlberger Volksblatt hat eine „katholische Aktion gegen die Wabefische organisiert, und die Partei ausgegeben, Glasiberben in die Wäde zu streuen, um die „Sünder“ vor ihrer menschlichen Bewohnheit, sich zu reinigen, abzuhalten. Die Aktion hatte nach Meldung des „Vorarlberger Volksblattes“ bereits Erfolg. Ein Sommergast aus Deutschland, der Sohn einer Majorswitwe, hatte wieder zu einer bestimmten Stelle gebadet und sich dabei die Füße als geschnitten. Selbst die katholischen Großdeutschen entzürten sich darüber, weil sie fürchten, daß durch die Glasiberben ihre Reaktion in Trümmern geht.

Ein offenes Wort tut not.

Vor einigen Wochen machte die Exekutive der kommunistischen Opposition den Versuch, die Frey-Gruppe zu einer Aktionsgemeinschaft heranzuziehen. Dieser Schritt erfolgte, da wir immer deutlicher sehen mußten, daß sich die Frey-Gruppe immer mehr vom politischen Kampf zurückzieht und nur mehr Ausschläge, Wanderungen und Theateraufführungen veranstaltet. Einem solchen Prozeß können wir naturgemäß nicht gleichgültig gegenüberstehen, denn es wäre nicht zuletzt auch unsere Schuld, wenn wir tatenlos zusehen, daß eine Reihe guter revolutionärer Arbeiter dem politischen Kampf entzogen wird.

Und daß dieser Entpolitisierungsprozeß in vollstem Gang ist, darüber kann es keinen Zweifel geben. Waren es vor einem Jahre noch theoretische, politische und taktische Streitfragen des Gen. Frey, so sind heute aus diesen Streitfragen schwerwiegende Folgen entstanden. Mit der freiwilligen Jüdelierung der Frey-Gruppe von den Kämpfen der kommunistischen Partei hat es begonnen. Die zweite Etappe dieser sektiererischen, selbständigen Entwicklung war der vollkommene Verzicht auf politische und gesellschaftliche Arbeit im Bereich, in der Gewerkschaft, bei den Arbeitlosen, in der Antifaschistenbewegung usw. Die dritte Etappe dieser gefährlichen Entwicklung der Frey-Gruppe hat (oben mit dem Arbeiterkulturbund) begonnen, den sie jetzt bilden und dem sie alle ihre Kraft widmen.

Wir würden es sehr bedauern, wenn Frey persönlich nicht die Kraft und den Mut finden würde, umzukehren, wenn ihm die Erfahrung beweist — und sie tut es! — daß sein Weg unrichtig ist und seine Methoden ungeeignet sind. Es ist ein Unsinn, wenn sich Frey darüber gekränkt fühlt, weil wir ihn politisch scharf kritisieren und seine Auffassungen so ziemlich restlos ablehnen müssen. Wir halten ihn weder für einen Sozialdemokraten noch für einen Stalinisten. Aber es unerwünscht andererseits keinem Zweifel, daß er ein Kommunist auf verlorenem Posten ist, ein Genosse, der im Prozeß des Klassenkampfes sich in eine Sackgasse verirrt hat. Das haben wir ihm vor einem Jahre vorausgesagt; es ist an der Zeit, daß Genosse Frey Rückkehr findet und den Rückweg findet, ehe es zu spät ist, ehe seine Anhänger restlos dem revolutionären Klassenkampf entzogen sind.

1914.

In dreizehn Millionen Leben waren mitschuldig die Moszkowen; Wir Arbeiterklasse-Gewerkschaftlichen schaffen sie Kramm auf den Oberbühnen.

1929.

Bei steigender Leihung und sinkenden Löhnen Das Wort an die Arbeiter und Soldaten gewöhnen, Es betreiben die Moszkowen Hunderten Den „Bolschewistischen Wirtschaftskrieg“.

Nach dem 1. August.

Als wir das Zentralkomitee der S. P. O. in unseren offenen Brief (siehe „Mahnruf“ Nr. 5) aufforderten, die Streik- und Massenemonstrationsparole für den 1. August fallen zu lassen, da antwortete das Zentralkomitee mit einer wochenlangen Kampagne, die schließlich in der Beibehaltung gipfelte, nur wären „judentoniert von der Polizei“. Es erübrigt sich, gegen eine derartig schamige Besetzung auch nur ein Wort zu verlieren.

Die Tatsachen haben uns im internationalen und nationalen Maßstab Recht gegeben.

Nicht zuletzt dem eifernden Brud der internationalen Opposition ist es zu verdanken, daß es gelang, die Komintern vor dem Absinken zu bewahren, daß im Auftrag des westeuropäischen Bureau vom 8. Mai angefangen wurde. („Wichtig sind die fruchtbarsten Erfahrungen des Berliner Proletariats an“ usw.)

Das nichtwichtige Spiel mit dem Zustand, der Versuch, den 1. Mai in Berlin in millionenfach verstärkter Weise zu wiederholen — er mußte von der Exekutive in Moskau aufgegeben werden.

Rückblickender hat das präberische Geschrei des Gen. das linke Braunarbeiter, der kommunistischen Bewegung schweren Schaden zugefügt, den kommunistischen Parteien die Staatsgewalt geradezu in den Rücken geholt.

Bei uns in Oesterreich aber mußten wir sehen, wie die unfähigen, gewissenlosen Bürokraten, die unsere Partei vermissen und zerlegen, am 1. August einen Bankrott erlebten, der auf lange Zeit die Partei zurückwirft. Kein Betrieb besaß die Streikparole, jeder Versuch, eine Kundgebung zu organisieren, Scheiterer — nicht weil die Polizei so stark, sondern weil sich die Partei bereit von den Massen isoliert hatte, daß kein sozialdemokratischer Arbeiter in Wien ihren Parolen folgte.

Und gerade jetzt, wo die strahlende Politik des Zentralkomitees unsere kommunistische Partei zum Weib der Arbeiter gemacht hat, sagen wir mit aller Deutlichkeit dem Proletariat: Am 1. August hat in Oesterreich nicht die kommunistische Partei, nicht die kommunistische Oberverfassung Bankrott gemacht aber hat von neuem das Liquidatorium an der Spitze der kommunistischen Partei, diese Führung, der die eigenen Anhänger im Verbruch die Bewusstheit verlagern.

Genossen in Wien!

Spendet für den Preßfond. — Laßt nicht die Grazer Genossen alle Sorgen allein tragen!

Arzt oder Richter?

Von dem famosen Arzt in Straßgang habe ich schon berichtet. Es handelte sich um die Frau Therese Samanig; der Arzt stellte fest: „Kopfgrippe und Bauchfellentzündung.“ Der Zustand der Frau war sehr bedenklich und ich ließ die Schwester in eigene Kosten im Landeskrankenhaus überführen. Hier erst wurde die tatsächliche Krankheit festgestellt: Peritonismus und doppelseitige Lungenentzündung. So sehen unsere Ärzte aus! Der Medizinalrat von der Säuglingsfürsorge in Puntrigam jagte gar: „Sie haben sich ein wenig erkältet.“ Jeder Arzt hat seine eigene patentierte Diagnose. Wenn der Arbeiter etwas falsch macht, so fliegt er glatt aufs Pflaster. Aber so ein Arzt ist unschuldig und niemandem verantwortlich. Und doch ist ihm das Postfach ausgeliefert was es gibt: das Menschenleben. Die Straßgänger haben zu ihrem Arzt gar kein Vertrauen mehr. Sie halten ihn für einen Fäulnis. Kann man da nichts machen? (Arbeiterkorrespondenz.)

Der Prolet wird immer übers Ohr gehauen.

Wie jede Stadt, hat auch Graz ein Strafreferat für das Gewerbe. Das „Fäulnis-Lawen“ steht in hoher Blüte, heißt es dort immer. Natürlich! Wenn ein armer Arbeiter sich von seinem Freund oder Genossen einmal seine Höhle täuschen läßt, wird der arme Teufel dafür bestraft.

Manche haben versucht, aus dem Wohnungselend herauszukommen und sich Kleinwohnungen an der Grenze von Graz zu verschaffen. Aber wer kann die riesigen Beträge bei Baugenossenschaften usw. bezahlen? So versuchen manche, nach der schweren Wochenarbeit am Sonntag, in Gemeinschaft mit Fremden, ein kleines Häuschen einzuhäuten. Folge davon: Strafe. Nur zu bauen, wobei es ja einer Bewilligung, beziehungsweise eines Baumeisters. Ja, es ist schon einmal so in unserer Republik: wir haben die Demokratie. Die Armen haben die Pflicht, sich strafen zu lassen und die Reichen das Recht, diese Strafen zu verlangen. (Arbeiterkorrespondenz.)

Seine Zustände herrschen bei Weitzer.

Seit vielen Monaten beschwerten sich die Tischler der Firma Weitzer, daß sie viel schlechtere Löhne haben, als die Tischler in anderen Betrieben. Aber alle Beschwerden beim Betriebsrat waren reitlos; er leitete sie nicht einmal an die Gewerkschaft weiter. Drei Viertel Jahre dauerte es, bis es den Tischlern gelang, eine Branchenversammlung von der Gewerkschaft zu erreichen, zu der die Gewerkschaft den Sekretär Ömer entsandte. In dieser Versammlung kamen die unerhörten Zustände bei Weitzer zur Sprache. Obgleich der Kollektivvertrag mit 6.50 Schillingen über Einkommen vorsieht, daß die Tischler einen Stundenlohn von 1.30 Schilling bekommen sollen — nämlich; soviel wie die Tischler in den Privatbetrieben, die diesen Stundenlohn erhalten — erhielten sie bis jetzt nur 1.15 Schilling. Dadurch erleiden die Tischler seit vielen Monaten einen Wochenerlust von 6.50 Schilling, und sie forderten bereits die Nachzahlung von der Firma.

In der Versammlung kam die Erbitterung der Arbeiter über das Verhalten ihrer Gewerkschaftsführer Karl zum Ausdruck. Der Tischler Sälz warf dem Sekretär Ömer vor, daß er sich um gar nichts mehr kümmere, seit er seine Anstellung bei der Firma Sälz hat. Bergewand verweigerte er sein Verhalten zu rechtfertigen; um zu zeigen, daß er doch noch immer zu etwas taugte, brohete er, man werde eben andere Wege gehen müssen. Doch vom Kampf für einen höheren Lohn schied er. Mit scharfen Worten wendete sich der erste Betriebsrat Geisler gegen die Ausbeutung bei Weitzer und führte an, daß die Tischler in der Sälzinger Waggonfabrik einen Stundenlohn von 1.60 bis 1.68 Schilling erhalten.

An den Arbeitern von Weitzer wird es nun selbst liegen, ob sie sich weiter schrankenlos ausbeuten lassen, oder ob sie endlich den Kampf für ihr gutes Recht aufnehmen wollen. (Arbeiterkorrespondenz.)

Oh, du warmtühnendes Herz!

Die „rote Fahne“ will sich aus der Slammage ziehen und antwortet auf uns: „Artikel „Eine gesunde Kur“ in Nr. 5, daß der Kolporteur „offenbar“ und „warmtühnend“ in eigener Regie die „rote Fahne“ um 6 Groschen statt um 10 Groschen verkauft, um den Arbeitslosen den Kauf leichter zu machen. Auf 10 Groschen sei er deshalb wieder hinaufgegangen, weil er das Opfer nicht immer tragen kann. Worin, warum schreibt da nicht die Wahrheit? Du hast gesehen, daß Döwler und Maß verloren ist, daß die Arbeitslosen um 6 Groschen auch nicht anbeissen. Das war der Grund, warum dir dein warmtühnendes Herz wieder in die Hose gefallen ist.“

Der Kinderfreund Straßgang!

Vor den Gemeinderatswahlen wurde die Proletarierfreundlichkeit des Straßganga sehr viel ausgetragen. Wie sich dieser vor Freundlichkeit freude erbe Mann jedoch in der Praxis, im Alltag verhält, zeigt hier ein krauses Beispiel: Während der Schulferien kamen alljährlich Kinder von den Kinderfreunden nach Wolkhaus bei Andritz usw. Die Kinder konnten bisher zu einer besonderen Begünstigung (Sonderwagen), die Elektrizität benutzen. Seit der Wahl der sogenannten politischen Karriere Straßgang wurden den Kindern nur die im Verkehr befindenden, gewöhnlichen Wagen mit einer kleinen Begünstigung zur Verfügung gestellt.

Hier zeigt sich im Kleinen, daß man immer und immer wieder Versprechen und Mittelbeirichten usw. von Seite der Bürgerlichen mitbrauen und ablehnen muß. Denn diese angeht nur und betriegt solche Wesen und Versprechen als Abber, um dann den Fiß den Proleten abzumurfeln. Laßt euch dies als eine Lehre sein.

Sie wollen uns zugrunde richten.

Die Jutis hat neuerdings den Gen. Thoma als Herausgeber und Gen. Wagner als verantwortlichen Redakteur des „Mahnung“ zu je 6. 50.— Geldstrafe verurteilt. Es ist klar, je mehr der „Mahnung“ bei der untrüblichen Klasse Zustimmung findet, desto mehr verfolgt man ihn durch Geldstrafen. Für jeden Schilling Geldstrafe ein neuer Abonnent — das muß unsere Antwort sein.

Verschiedenes.

Hortigs Hexenprozess.

Der Segebiner Gerichtshof verhandelte vor zwei Jahren gegen den dortigen Landwirt Michael Gal und Genossen wegen schwerer körperlicher Verletzung mit tödlichem Ausgang erprobene Anklage. Der Vorfall, der diesem Prozeß zugrunde liegt, hat großes Aufsehen hervorgerufen und war unter dem Titel „Hexenprozess in Ungarn“ auch in ausländischen Zeitungen behandelt worden. Der Landwirt Binzenz Pittlik war nämlich plötzlich von einem unerklärlichen Leiden befallen worden, verlor von Zeit zu Zeit das Bewußtsein, konnte sich nur schwer verständlich machen, bekam einen Ausschlag auf der Haut und beklagte sich, er sei verpöht worden. Er gab auch an, daß der böse Geist nach drei Tagen wieder erscheinen werde. In dem Tage, für den Pittlik die Rückkehr des bösen Geistes vorausgesetzt hatte, erwarteten die Angehörigen Pittliks den Geist am Krankenlager. Eine alte, taubstumme Bettlerin, namens Sophie Szabot, kam unglücklichweise zur Tür und trat in das Zimmer. Die Anwesenden hörte sie nicht und kam an das Lager heran. Der Schwager des Erkrankten, Michael Gal, fiel über die Alte her, steck sie aus dem Zimmer, und als sie zu Boden fiel, wurde sie von den Anwesenden derart zugerichtet, daß sie tot liegen blieb. Als man dem Kranken mitteilte, daß der böse Geist vernichtet sei, fand er die Sprache wieder, erhob sich vom Lager und auch die Wundermale verschwanden. Gegen Gal und seine Freunde wurde das Strafverfahren eingeleitet. Der Segebiner Gerichtshof verurteilte Gal wegen Verbrechen der schweren körperlichen Verletzung mit tödlichem Ausgang zu anderthalb Jahren Kerker und zwei Mitschuldige zu je fünf Monaten Gefängnis. Die königliche Kurie annullierte dieses Urteil und verwies den Prozeß zur Ergänzung des Beweisverfahrens wieder an den Gerichtshof, der nunmehr die Angeklagten zu je drei Monaten Gefängnis verurteilte. In zweiter Instanz wurden sie dann freigesprochen. Kürzlich bestätigte die Kurie den Schuldspruch des Gerichtshofes auf eine Strafe von drei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung heißt es: Die Handlung des ersten Angeklagten, der in dem Momente, als infolge einer folgigen Verletzung von Zufällen die taubstumme Alte ins Zimmer trat, diese als vermeintliche Hexe durch Schläge unschädlich machte, entspreche vollkommen dem Gesetz über berechtigte Notwehr; wonach man eine, die eigenen Person oder andere Personen unmittelbar bedrohende Gefahr abwehren dürfe. Der Irrtum der Anwesenden sei in bezug auf die angebliche Gefahr entschuldigbar; daß die Täter aber nach der Abwehr der unmittelbaren Gefahr die Taubstumme noch weiter tödlich mißhandelten, entspreche dem Tatbestand einer strafbaren Handlung, wofür sie verurteilt werden mußten.

2. Kantien-Sammlung.

gesammelt durch die Genossen: Koch 6. 5.—, W. R. R. 10.—, Tanzer 2.—, Grach 6. 1.—, zusammen 6. 18.—.

An alle Mitglieder in Graz.

Ihr wißt, daß die F. D. K. unsere besten Genossen ausgehört hat! (Hrnest) Mancher Genosse, der bis jetzt seine ganze Kraft in den Dienst der Opposition stellte, ist durch die unerrätlichen wirtschaftlichen Zustände gezwungen worden, Graz zu verlassen. So vor allem unser Genosse Wagner, der nicht mehr in Graz ist, aber trotzdem mit ganzer Kraft an unserer Bewegung in Oesterreich mitarbeitet.

Auf den Genossen, die jetzt die ganze Arbeit zu leisten haben, wie Genosse Koch, lastet jetzt allzuviel. Es ist die Pflicht aller Genossen, aktiver als bisher die führenden Funktionen in Graz in ihrer Arbeit zu unterstützen. Wir stehen mitten in einer beispiellosen Kampagne des Stalinismus gegen uns. Wir sehen, wie auch Gruppen, die vorgeben, den Stalinismus zu bekämpfen (Frax), sich dazu hergeben, jeden Tag zu verkünden, der „Mahnung“ müsse zugrunde gehen, denn er habe „25 Millionen Schulden“. Ebenso unwahr, wie diese phantastische Behauptung ist, ebenso trügerisch wird die Hoffnung auf den Zusammenbruch unseres Landes sein.

Aber klar ist eines, Genossen: Von allen Seiten bekämpft, verfolgt, verleumdet werden wir nur siegen, wenn jeder einzelne restlos seine Pflicht erfüllt. An die Arbeit, Genossen! In unserem Kampfwillen werden alle zu Schanden werden, die auf unseren Zusammenbruch spekulieren.

Die Exekutive der kommunistischen Opposition Oesterreichs (linke Kommunisten.)

Arbeitslole.

Wir hungern und hungern in Eden und Gassen,
Die wollen und wollen verraten und lassen.
Die Gaub ist und leer und leer ist der Magen
Und wenn wir mucken: sie schlagen, sie schlagen.
Sie schlagen wir Knäpfein, sie schlagen mit Stiden,
Sie schen ruhig zu, wie im Tode wir erliden.
Sie fressen sich voll mit gekochtem Broten,
Wir zählen die Tränen, die Mide, die Zoten.
Der Haß ist und tief und er würgt in den Kehlen.
Es wandern die Stunden, wir zählen, wir zählen.
Wenn wir erst den Haß in uns organisierten
Und uns dann rühren, rühren, rühren
Und Hochkautione markieren lassen —
Dann werden die Herren erblaffen, erblaffen...

Humor.

Magl: Wo rennt du mit die drei Grammophon?
Moriz: In a E.-P.-Versammlung.
Magl: In waas??
Moriz: Dur laß alle auf einmal spiel'n!
Magl: Was spielt der erste?
Moriz: Die Bewilligungsrede von die E.-P.-Minister für den Panzerkreuzer A.
Magl: Der zweite?
Moriz: Den Wortlaut vom Hiltensberger Vertrag.
Magl: Der dritte?
Moriz: Der schreit allsewel dazwischen: „Laßt euch nicht verheßen von den Kommunisten.“
Magl: Gib her, da renn i mit —

Prebiondausweis.

Nachtrag von Jänner 1929 bis Mat 1929.
Zinang S. 2.88, 6.56, 4.75, 7.17, 5.99, 4.72, 1.98,
— 75, Thaler — 22, Hubelst 1.—, R. R. — 12, Kristandl
— 50, R. D. — 10, Rabotnik — 52, B. S. — 52, Divers
— 12, Oberauter — 30, Rauber — 50, Wigel — 52, W.
S. — 52, Pein — 10, R. A. — 10, Keren — 40, Rabotnik
2.—, Pibh — 30, Wagner — 10, Rabotnik — 52,
Kasser — 52, Kirchnagl — 60, Hebl — 60, Herrl — 48,
Raf. 1.60, Hoigartner 1.50, Repumil — 52, Grach — 93,
Suppan — 12, R. G. 3.—, Wendl — 70, Wagner Alb. 1.45,
Grach — 67, R. R. — 35, R. R. 5.—, Suppan — 54,
R. G. — 50, Koch A. — 50, Gries B. — 60, F. F. 2.—,
Harner — 40, Brunello — 12, Greiner — 40, Prosdorfer
— 60, R. R. 2.35, Gorlump — 25, Deufsch — 25, Greifoner
— 25, Engelberger — 40, Nepl — 30, Brauß — 40, J.
Sommer — 20, Schöma — 40, Steinn. R. — 44, Moser
Ag. — 50, Gogg — 40, Strauß — 40, R. R. — 40, Geaner
J. — 40, Kaufling — 40, Donesch — 42, Brunello — 26,
Weißer — 28, Ortberger — 18, Heller — 42, Puffer — 42,
Kuchling — 52, Geaner — 42, R. R. — 52, Schöber — 52,
Blaf — 12, Schinagl — 52, Sommer — 12, Brandner 1.—,
Röhler — 42, Koch R. — 52, Reuhold — 22, R. R. — 30,
Schäwretter — 34, Gaspar — 31, Brunello — 52, Schwab
— 18, Reider — 12, Winfler — 30, R. R. — 52, Reuhold
— 52, Blafal — 10, Brunello — 52, R. R. — 12, R. R.
— 52, R. R. — 10, Greiner — 30, Geaner — 50, R. R.
— 16, R. R. — 40, Wäbl — 20, Ballisg — 30, Geaner
— 60, R. R. — 52, Schmar — 12, Kaufling — 32, Puffer
— 30, R. R. — 12, Kollaritsch — 50, R. R. — 80, Pösch
G. — 30.